der Internationale, die Zusammenhänge zwischen theoretischer und praktischer Arbeit.

Unsere theoretischen Schwächen sind in erster Linie schuld daran, daß es mit unserer Arbeit nicht in einem solchen Tempo vorwärtsgeht, wie es viele Genossen wünschen. Jeder Parteigenosse muß verstehen lernen, daß es neben der richtigen Linie in den Anweisungen des ZK und der übrigen Parteileitungen ankommt auf die richtige und vor allen Dingen schnelle Durchführung der Beschlüsse und gestellten Aufgaben. Gerade in unserem Bezirk stellen wir fest, daß die mittleren und unteren Funktionäre zu wenig an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind. Bei jeder neuen politischen Erscheinung schielen sie ängstlich nach oben und erwarten Anweisungen in Form von Rundschreiben usw.

„Es ist klar, daß die Direktiven des Zentralkomitees in allen politischen Fragen bis herab zur kleinsten Zelle einen verhältnismäßig langen Weg zurücklegen. Dabei besteht die Gefahr, daß diese Direktiven, bis sie zu den Mitgliedern gelangen, oft weniger qualifiziert, weniger präzis formuliert, abgeschwächt oder unter Umständen sogar ein wenig „verbogen" werden, manchmal sogar überhaupt „verloren" gehen. Das ist zum Teil in den Schwierigkeiten und dem Tempo der revolutionären Massenarbeit unserer Partei begründet. **Ein bedeutender Schutz gegen solche Erscheinungen aber ist die verstärkte Arbeit für die allgemeine Hebung des theoretischen Niveaus der Partei, die allgemeine politische Schulung und Festigung unserer Kaders."** (Thälmann.)

Der Schrei nach Hilfe und Unterstützung ist berechtigt. Er wird in den meisten Fällen aber in falscher Form zum Ausdruck gebracht. Auf dem Plenum der BL sind eine Reihe von Leipziger Genossen aufgetreten, die Beschwerde darüber führten, daß die BL beschlossen hat, „die Stadtteilleitungen, die ja selbständige Ortsgruppen sind, müssen in die Zellen ihre Referenten selbst schicken." Sie sehen nicht ein, daß eine UBL oder BL, die die Arbeiten in den untersten Organisationseinheiten ständig durchführen wollte, Arbeit am falschen Platz leistet. Sie wollen vor allen Dingen nicht einsehen, daß alle Ortsgruppen im Bezirk diese Arbeiten ebenfalls selbständig durchführen müssen. Rolle und Aufgaben der Partei sind heute andere als vor Jahren und vor allen Dingen andere als in irgendeiner anderen Partei.

„**Mit der Zuspitzung der Klassensituation, der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachstum der revolutionären Bewegung steigen die Aufgaben und die Anforderungen an die Partei.** Die Entwicklungen der Partei zeitigte einen inneren Umwandlungsprozeß unseres Funktionärkörpers, der an vielen Stellen **neue, jüngere Elemente** an die Stelle solcher Genossen brachte, die mit der revolutionären Entwicklung vorübergehend oder ständig nicht Schritt zu halten vermochten. Das hat dazu geführt, daß in den letzten ein bis zwei Jahren ungefähr die Hälfte unseres Funktionärstabes **erneuert** wurde. Diese Entwicklung ist zweifelsohne zu begrüßen. Aber sie bringt mit sich die große Pflicht für die Partei, diesen jüngeren Genossen durch ständige unermüdliche politisch-ideologische **Erziehungsarbeit** das geistige Rüstzeug zu verschaffen, dessen sie für ihre verantwortungsvolle Arbeit bedürfen. **Nur dann werden sie als Vorbild für ihre Klassengenossen zu wirklichen Führern der Arbeiterklasse werden, die mit dem Arbeiterleben zutiefst verbunden sind und bei der schöpferischen Entfaltung der Initiative der Massen durch unsere revolutionäre Arbeit den höchsten Elan entwickeln."** (Thälmann.)

Die ganze Fragestellung ergibt bereits, daß unsere Schulungsarbeit einen konkreten, den gegenwärtigen Aufgaben entsprechenden Inhalt hat. Seit Mitte vorigen Jahres führen wir unsere Schulungsarbeit auf breitester Massenbasis durch. Das System unserer Schulungsarbeit ermöglicht, daß wir schnellstens von oben nach unten dringen. Dem monatlich stattfindenden **politischen Schulungstag** in den Zellen gehen voraus die Funktionärkurse in den Stadtteilen der Großstädte und in den Instrukteurgebieten. **Würde jede Ortsgruppen- und Stadtteilleitung darauf sehen, daß alle Funktionäre an diesen Schulen teilnehmen, wir hätten dann nicht nur Tausende von Besuchern, sondern auch Tausende von Referenten, die wir für die Zellenversammlungen benötigen. Gleichzeitig erreichten wir damit eine Verbesserung des theoretischen Niveaus, einmal im Funktionärkader und zum andern in der Partei.** Ist das notwendig? Wir denken ja. Ist das möglich? Jawohl! Aber nur dann, wenn an Stelle der bloßen Kritik auch unten die Selbstkritik tritt. Wenn die Genossen sich die Frage vorlegen: **Warum haben wir die Möglichkeiten nicht ausgenutzt, die uns die BL gegeben hat?**

Mit dem Schulungstag im Monat Januar muß es uns gelingen, an breitere Massen von Parteimitgliedern heranzukommen. Darüber hinaus sollen die Mitglieder der Massenorganisationen ebenfalls an unserem politischen Schulungstag erfaßt werden. Zumindest aber müssen an unseren Funktionärschulen die Funktionäre der Massenorganisationen teilnehmen, so daß auch sie gleichzeitig mit den Funktionären der Parteiorganisation theoretisch wachsen. Jeder Parteigenosse muß verstehen, daß wir hier an einer der entscheidensten Quellen unserer Fehler sind. „Diese Arbeit in Angriff nehmen, die Linie der Partei ausrichten, das Feuer auf alle Schwächen, Abweichungen und Fehler konzentrieren und dabei das Niveau der gesamten Partei heben, die Einheit zwischen Theorie und Praxis im Sinne des Leninismus herstellen — das alles bedeutet: **die Voraussetzungen für noch größere Erfolge der revolutionären Massenarbeit, für einen noch stärkeren Vormarsch des Kommunismus schaffen!"** (Thälmann.)

Die Streikkämpfe im Reich

Passive Resistenz auch bei der Berliner Reichsbahn. Lohnabbau erfolreich abgewehrt

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Unter den Reichsbahnarbeitern im Wagenwerk **Anhalter Bahnhof** herrscht eine ungeheure Empörung über den neuen Lohnabbau. Im Laufe des Donnerstag und Freitag fanden während der Arbeitszeit Belegschaftsversammlungen statt. Gestern früh erfuhr die Direktion, daß die Kollegen anläßlich der ersten Lohnzahlung nach dem Lohnabbau während der Mittagspause eine Demonstration vor dem Gebäude der Reichsbahnverwaltung Berlin beabsichtigten, um gegen den Lohnabbau zu protestieren. Daraufhin wurde das Werk von Polizei besetzt und die Lohnzahlung hinausgezögert, um die Demonstration zu vereiteln. Unter der ultimativen Forderung des roten Betriebsrates wurde die Polizei zurückgezogen. Als aber die Vorarbeiter die Belegschaft aufforderten, bis zum Eingang des Lohngeldes wieder an die Arbeit zu gehen, erklärten Arbeiter, daß sie erst ihren Lohn haben wollten. Es wurde in einer während der Arbeitszeit abgehaltenen Versammlung beschlossen, ab heute Sonnabend als Protest gegen den Lohnabbau nicht mehr wie bisher in dem üblichen Hetztempo, sondern genau nach den Unfallverhütungsvorschriften zu arbeiten.

Arbeiter erzwingen Rückzug der Polizei

Herne (Westfalen), 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstag fanden die Gemeindearbeiter von Herne den Eingang zu ihren Betrieben von Polizeiposten besetzt. Sie erklärten daraufhin, daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen würden, als bis die Polizei zurückgezogen sei. Die Entschlossenheit der Arbeiter führte zu einem vollen Erfolg. Der Rückzug der Polizei wurde erreicht. In einer Belegschaftsversammlung, die vom reformistischen Betriebsrat einberufen war, nahmen die Herner Gemeindearbeiter eine Entschließung gegen den Polizeiterror einstimmig an, ferner eine zweite Resolution, in der sie der Kommunistischen Partei, dem Einheitsverband und der [illegible] das vollste Vertrauen aussprechen.

Streikbereitschaft verhindert Lohnraub

Aus Köln wird gemeldet: Eine Belegschaftsversammlung der Firma **Gizeh** beschloß, mit der Direktion zu verhandeln, daß der Lohnabbau nicht durchgeführt werden soll, andernfalls wolle die Belegschaft in den Streik treten. Angesichts der Haltung der Arbeiter sah sich die Firma gezwungen, **den Lohnabbau nicht durchzuführen und die bisherigen Löhne weiterzuzahlen.**

Sieg im hessischen Holzhauerstreik

Die Holzhauer der Gemeinde **Klein-Karben** (Hessen) traten am Montag dem 5. Januar in den Streik mit folgenden Forderungen: Rückgängigmachung des zehnprozentigen Lohnabzuges, Bewilligung der Soziallasten, das Fällen der dürren Bäume [illegible] im Stundenlohn (früher im Akkord) zu berechnen. Montag abend nahm der Gemeinderat dazu Stellung. Dem einmütigen Verhalten der Holzhauer mußte **der Gemeinderat nachgeben und die Forderungen bewilligen.**

Teilerfolg in der Metallindustrie

Bei der Metallfirma **Reidig**, Mannheim, sollte ein Lohnabbau von 10 Prozent vorgenommen werden. Die roten Betriebsräte verhandelten mit der Direktion wegen Zurücknahme dieser Forderung. Die Streikbereitschaft der Belegschaft erwirkte, daß die Direktion sich bereit erklärte, **statt 10 Prozent „nur" 4 Prozent des Lohnes in Abzug zu bringen.**

ADGB-Mitglieder gegen Lohnabbau und Streikbruch der Gewerkschaftsführer

Genosse Jäkel spricht vor Radeburger Gewerkschaftlern. RGO-Resolution angenommen

In einer Sitzung des Ortsausschusses des ADGB Radeburg wurde **einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften einzuberufen, in der ein Vertreter des ADGB und ein Vertreter der RGO über die Notverordnung und die Stellung der Gewerkschaften sprechen sollen.**

Diese Versammlung hat am 8. Januar stattgefunden und war sehr gut besucht. **Trotz des einstimmigen Beschlusses des Ortsausschusses sollte ein Vertreter der RGO, Genosse Jäkel, nur 15 Minuten Redezeit erhalten. Erst auf den energischen Protest der Mitglieder hin, wurde ihm dieselbe Redezeit zugebilligt wie dem reformistischen Redner Weiß, Dresden.**

Weiß versuchte in seinen Ausführungen den Kollegen klar zu machen, daß es jetzt die Aufgabe der freien Gewerkschaften sei, dafür zu sorgen, **daß die Preise gesenkt werden,** deshalb Stärkung der freien Gewerkschaften. Er fand mit seinen Ausführungen am Schlusse auch nicht die leiseste Zustimmung.

Dagegen wurden die Ausführungen des Genossen Jäkel mit stürmischem Beifall aufgenommen. (Die Ausführungen sind in der angenommenen Entschließung zusammengefaßt). Ein parteiloser Arbeiter sagte dem Reformisten bittere Wahrheiten. Von den Anhängern des Weiß hat keiner in der Diskussion gesprochen.

Nachstehende Entschließung, die wir mit einigen Kürzungen veröffentlichen, wurde nach mehrmaliger Abstimmung **mit 63 gegen 32 Stimmen angenommen:**

Entschließung!

Die Kapitalisten und ihre Regierung führen durch die neue Notverordnung einen **entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse.** Mit faschistischen Maßnahmen wird die Lebenshaltung von 15 Millionen Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten durch **Lohn- und Gehaltsabbau** noch mehr verschlechtert. **Alle bestehenden Tarifverträge sind außer Kraft gesetzt. Das Versammlungs- und Streikrecht ist beseitigt. Einer Million Alters- und Unfallrentnern ist die Unterstützung entzogen worden. Die Neuwahl der Betriebsvertretungen** der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ist verboten. Weitere Maßnahmen zur Rechtlosmachung der Arbeiterklasse, zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung stehen bevor.

Die neue Notverordnung sieht Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse vor, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzig dastehen. Dies zeigt aber auch zugleich **die Entwicklung Deutschlands zur offenen faschistischen Diktatur.** Mit faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen, mit immer größerem Lohn- und Gehaltsabbau, mit restloser Beseitigung aller Rechte und Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiete, versucht die Bourgeoisie und ihre Regierung ein verfaultes und bankrottes System zu erhalten. **Auf Kosten der Arbeiterklasse sucht der Kapitalismus einen Ausweg aus der Krise.** Dabei findet er die **volle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung.** Schon vor dem Erlaß der Notverordnung erklärten sich die Führer des ADGB im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung mit der „Auflockerung" der Tarifverträge einverstanden. Die Holzarbeiter-Zeitung vom 28. November 1931 schreibt dazu:

„Die Arbeiterschaft weiß jetzt wohl, daß sich die Wirtschaft **nicht den Tarifbestimmungen unterordnen kann,** sondern daß sich die Tarifverträge der veränderten Wirtschaftslage anpassen müssen. Dazu waren und sind die Gewerkschaften immer bereit . . . Wie wird der Kampf enden? Möglich ist, daß ihm der **Tarifvertrag vorübergehend in weitem Umfange zum Opfer fällt,** nicht aber die Gewerkschaften. Sie sind ohne Tarifvertrag groß geworden . . ."

Nach der Bekanntmachung der Notverordnung schrieb das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der Vorwärts, vom 10. Dezember:

„**Mit dem Erlaß der Notverordnung kann der Kampf um Inhalt und die vernünftige Durchführung der Notverordnung nicht zu Ende sein . . . .**"

Das Verbot der Betriebsrätewahlen ist **auf die Initiative des Bundesvorstandes des ADGB erfolgt.** Schon im Sommer 1931 beschloß der Bundesvorstand gegen eine Stimme:

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Afa-Bund dahin zu wirken, daß **die im Betriebsrätegesetz festgelegte einjährige Amtszeit für die Betriebsräte auf drei Jahre verlängert wird.**"

Alle Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihrer Regierung sind **mit Unterstützung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie zur Durchführung gebracht** worden. Mit dem Schwindel der sogenannten „Preissenkungsaktion" versucht sie heute den Arbeitern und Angestellten **den gewaltigen Lohnraub schmackhaft zu machen.** Sie ist die **Hauptstütze der Brüning-Diktatur** und damit der beste Helfershelfer **zur Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland.**

Der Bezirksvorstand des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes versucht in einem Aufruf an die sächsischen Arbeiter, Angestellten und Beamten **seinen Verrat durch Lüge und Betrug zu verschleiern.** In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Die Gewerkschaften haben sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln **gegen diesen unvernünftigen Abbau** gewehrt und sie werden jetzt erst recht ihre ganze Kraft einsetzen, um ein weiteres Absinken der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verhindern."

Diese Worte sind nichts als Lüge. Schon im Herbst [illegible] war es der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes [illegible], der **die Zustimmung gab für einen Abbau der Löhne der Ziegeleiarbeiter um 5 Pfennig die Stunde.** Im Januar [illegible] vereinbarten die sozialdemokratischen Führer des Gesamtverbandes und des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes in Dresden für die Arbeiter im Einzelhandelsgewerbe und Dresdner Bäckergesellen **einen Lohnabbau von vier bis [illegible] Prozent.** Zu derselben Zeit gaben die Führer des DMV dem Lohnabbauschiedsspruch für die sächsischen Metallarbeiter **vier bis fünf Prozent die Zustimmung.** In einer freien Vereinbarung wurden die Löhne in der Annaberger Metallindustrie **auf den Stand vom Mai 1928 herabgesetzt.** Die DTB-[illegible] vereinbarte mit den Unternehmern für die [illegible] **einen Lohnabbau von 7 Prozent.** Bei den Papierarbeitern wurde der Lohn in einer freien Vereinbarung am 15. Dezember 1931 um 10 Prozent gekürzt usw.

Die Führer der freien Gewerkschaften waren und sind Schrittmacher der Unternehmer im Lohn- und Gehaltsabbau. Immer neue Betrugsmanöver, das sind die Mittel, die die Führung der Gewerkschaften anwendet, aber **nicht gegen** sondern für **den Abbau der Löhne und Gehälter.** Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen im Interesse der kapitalistischen [illegible] **noch mehr hungern.**

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition sowie die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften wendet sich mit einem Appell an die sächsischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, an die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter und Angestellten: Macht Schluß mit dieser Verratspolitik der Gewerkschaftsbürokratie! Kommt zur RGO! [illegible] die kämpfende Einheitsfront schmieden. Zurück zum revolutionären Klassenkampf! Verstärkt den Kampf in den Gewerkschaften gegen die reaktionären Führer! Einheitsfront in Betrieb und Gewerkschaften unter revolutionärer Führung, unter [illegible] der RGO zum Kampfe um Arbeit, [illegible]

Kampf gegen jeden Opportunismus

UB Dresden für Zerstörung der Ideologie des „kleineren Uebels" und für verstärkte Massenarbeit

Am Donnerstagabend fand in Dresden die Sitzung der erweiterten Unterbezirksleitung mit Instrukteuren des Unterbezirks Dresden statt, die zu dem Artikel des Genossen Ernst Thälmann

„Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Ueberwindung"

Stellung nahm. Das Referat vor den mehr als hundert Funktionären hielt der Genosse Seldmann, der es trefflich verstand, die Hauptfragen des Thälmann-Artikels, der „eine Reihe von ideologischen Abweichungen und politischen Schwächen, ja sogar politischen Fehlern in unserer revolutionären Massenarbeit feststellt", mit den Schwächen und Mängeln der **Parteiarbeit im Bezirk Sachsen konkret zu verbinden.**

Besonders ging der Referent auf die politische Bedeutung des Volksbegehrens im **Kampf gegen die sozialfaschistische Politik des „kleineren Uebels"** und zur Schaffung der roten Einheitsfront, sowie auf die opportunistischen Auffassungen, Fehler und Schwächen dieser großen außerparlamentarischen Massenkampagne ein.

Die Diskussion, an der sich zirka 15 Genossen beteiligten, war sehr lebhaft und selbstkritisch. Alle Hauptfragen unserer praktischen Parteiarbeit wurden in Verbindung mit dem Artikel des Genossen Thälmann gestellt. Im Mittelpunkt stand die Frage der Betriebsarbeit und der Auslösung von Kämpfen, deren große Schwächen in der Hauptsache auf die falsche theoretische Einstellung unserer Parteiorganisationen und die **opportunistische Haltung einer ganzen Reihe von Parteigenossen** zurückzuführen ist. Die Betriebsarbeit muß zusammen mit der verstärkten Tätigkeit der RGO und der innergewerkschaftlichen Arbeit zur zentralen Aufgabe aller Parteiorganisationen gemacht werden.

Besondere Mängel werden auch in der Frauenarbeit aufgezeigt, die immer noch in einem sehr starken Ausmaß als spezielle Aufgabe der Parteigenossinnen und nicht als Arbeit der Gesamtpartei und aller Parteimitglieder betrachtet wird.

In seinem Schlußwort wies Genosse Seldmann auf die Reichhaltigkeit der Diskussion und das wertvolle Material, das sie zutage gefördert hat. Ausgehend von der einheitlichen Auffassung der Partei im Kampfe gegen rechts- und linksopportunistische Auffassungen und Fehler beschäftigte sich der Genosse Seldmann besonders mit den brandleristischen Auffassungen des Genossen Gerhard Gr. in den Fragen der Einheitsfrontpolitik, der SPD, des Faschismus und der Organisierung von Streiks.

Unter starker Zustimmung der Anwesenden betonte der Genosse Seldmann fest, daß gegen solche Auffassungen, wie sie von dem Genossen Gr. vertreten werden, der schärfste unversöhnliche Kampf geführt werden muß, damit die Partei imstande ist, ihre gewaltigen Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben bestehen vor allem in der Verstärkung der Arbeit in den Betrieben, für die RGO, an der innergewerkschaftlichen Front, Kampf gegen die Politik des „kleineren Uebels" und für die [illegible] roten Einheitsfront gegen den Faschismus.

SLUB
Wir führen Wissen.